

# Newsletter Josef Hovenjürgen MdL

(KW46)

## Aus der Fraktion

### **Polizeigesetz: Positive Rückmeldung**

In einer Anhörung haben Experten die gemeinsamen Änderungen von CDU und FDP zum Polizeigesetz bestätigt. Die Zustimmung durch den Großteil der Sachverständigen, insbesondere auch der juristischen Professoren, zeigt uns, dass es genau richtig war, die erste Einschätzung der Experten in unsere Arbeit am Gesetz mit einzubeziehen und an den entsprechenden Stellen nachzubessern.

Mit der Herausnahme der drohenden Gefahr und der drohenden terroristischen Gefahr ist der Hauptkritikpunkt beseitigt. Der neu eingefügte Begriff der terroristischen Straftaten wird vom ganz überwiegenden Teil der Sachverständigen positiv bewertet. Mit der Präzisierung der strategischen Fahndung bei den möglichen Maßnahmen und der Reduzierung der Fristen bei den Gewahrsamsmöglichkeiten liegt nun ein nach unserer Überzeugung verfassungskonformer und angemessener Gesetzentwurf vor.

Jetzt können wir ein gutes, verfassungskonformes Gesetz auf den Weg bringen, das unseren Polizistinnen und Polizisten auch die rechtlichen Werkzeuge an die Hand gibt, die sie brauchen um Kriminalität und Terrorismus wirksam zu bekämpfen.

### **Digitalstrategie NRW: Die digitale Zukunft**

Die Digitalisierung ist in allen Lebensbereichen eine wichtige Grundlage für den Fortschritt. Eine Digitalstrategie für Nordrhein-Westfalen ist dringend notwendig. Die Entwicklung wird durch einen wichtigen Prozess der Beteiligung von Bürgern und Experten begleitet, denn Digitalisierung geht uns alle an und deswegen brauchen wir den Austausch. Die Digitalstrategie für Nordrhein-Westfalen ist eine Querschnittsstrategie, die weit mehr umfasst, als nur die Frage nach Glasfaser. Sie zieht sich durch sämtliche Politik- und Gesellschaftsfelder.

Die NRW-Koalition will als Leitfaden den Menschen in den Mittelpunkt stellen, damit alle in der Lage sind, mit der Digitalisierung, Algorithmen und Endgeräten umzugehen. Damit alle im Arbeitsleben und im Zusammenspiel mit der Verwaltung neue Chancen sehen. Mit hoher Datensicherheit bei gleichzeitiger verantwortungsbewusster Datennutzung kann die Digitalisierung gelingen. Der Staat muss diese Entwicklung mitgehen und Blockchain-Anwendungspiloten in den Blick der Verwaltung nehmen. Wir haben noch viel vor. Digitalisierung ist schon lange keine Vision mehr. Schritt für Schritt werden wir diese Herausforderung nicht nur anzugehen, sondern auch meistern. Dabei werden wir die Fortschritte im Blick

behalten und die NRW-Strategie weiterentwickeln. Für ein digitales Nordrhein-Westfalen, an dem alle teilhaben können.

## **Nahmobilität und Verkehrssicherheit: Kleine und Große sicher unterwegs**

Es gibt viele gute Gründe, mit dem Rad zu fahren. Es ist umweltschonend, praktisch und gut für die persönliche Fitness. Viele Radfahrer fühlen sich allerdings bei Dunkelheit auf unbeleuchteten Wegen unsicher. Deswegen stellen wir jetzt zusätzliche Mittel in Höhe von 250.000 Euro in den Haushalt für die Beleuchtung an Radwegen ein. Gerade im ländlichen Raum trägt das zu mehr Sicherheit bei. Innerhalb von Orten sollen komplette Routen bewegungsaktiv beleuchtet werden, ortsaußerhalb vor allem Gefahrenstellen, wie Kreuzungen oder Radstrecken entlang von Schulwegen. So machen wir die Nahmobilität wieder ein Stückchen attraktiver.

Um die Sicherheit unserer Kleinsten auch in der dunklen Jahreszeit zu gewährleisten, stellt die NRW-Koalition außerdem weitere 250.000 Euro bereit für die Anschaffung von reflektierenden Überwürfen für Kindergartenkinder. Diese Überwürfe sind eine praktische und sinnvolle Idee, damit die Kleinen von anderen Verkehrsteilnehmern gesehen werden, sind reflektierende Überwürfe. Sie steigern die Sichtbarkeit und damit die Sicherheit.

## **Verbraucherrechte stärken mit der Fluggastrechte-App**

Im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz wurde in dieser Woche ein Antrag von CDU und FDP zur Finanzierung der Fluggastrechte-App beschlossen. 150.000 Euro mehr zur Stärkung der Fluggastrechte sind ein wichtiger Schritt für Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen.

Um Fluggäste bei Verspätungen oder Ausfällen über ihre Rechte zu informieren und bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, wird die Verbraucherzentrale eine Fluggastrechte-App entwickeln. Diese App soll einfach zu bedienen sein und den Druck auf die Fluggesellschaften erhöhen.

## **Integration beginnt mit Ausbildung und Arbeit**

Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt“ ins Parlament eingebracht. Ein wichtiger Faktor bei der gesellschaftlichen Integration von Geflüchteten ist eine schnelle Einbindung qualifizierter Zuwanderer in den Arbeitsmarkt. Im Arbeitsalltag bekommen sie einen besseren Zugang zur Sprache, Kultur sowie den Sitten und Bräuchen in unserem Land. Zusätzlich wirken wir so dem Fachkräftemangel konsequent entgegen.

Dazu müssen wir die Möglichkeiten der Berufsqualifikation für Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen noch weiter ausbauen. Gemeinsam mit den Akteuren der beruflichen Bildung wollen wir sicherstellen, dass die rechtlichen Spielräume genutzt werden, um für Geflüchtete faire Rahmenbedingungen für den Erwerb eines

qualifizierten Berufsabschlusses zu schaffen. Wichtige Voraussetzung hierbei ist das Erlernen der deutschen Sprache. Die dazu etablierten Instrumente können auch mit dem Angebot von Lern-Apps ergänzt werden. Auch die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen werden wir schnell und ohne bürokratische Hürden vorantreiben. Integration ist aber keine Einbahnstraße. Daher fordern wir im Gegenzug auch ein großes Maß an Mitwirkung ein. Das ist der Leitgedanke unserer Integrationspolitik.

## **Digitalagenturen sollen NRW-StartUps vernetzen**

Die Digital Hubs haben sich in Nordrhein-Westfalen sinnvoll etabliert. Sie bieten den StartUps mittlerweile das, was es braucht, um auf dem Markt Fuß zu fassen: Vernetzung. Jetzt wird es Zeit für den nächsten Schritt. Denn die Netzwerke sollen sich nicht nur auf die einzelnen Regionen begrenzen. Wir erwarten eine stärkere Vernetzung über alle Standorte hinweg, um die Marke „Hub“ NRW-weit zu stärken. Zukünftig wollen wir dahin kommen, dass auch das Bonner StartUp vom Handwerksbetrieb in Münster profitieren kann und umgekehrt. Gleichzeitig sollen die Hubs nicht in Konkurrenz treten zu den regionalen Angeboten von Kammern, Verbänden, Hochschulen und Privaten. Stattdessen sollen sie als Drehscheibe das vielfältige Angebot für StartUps bündeln und bedarfsgerecht beraten.

Mit diesem Schritt entwickeln wir die Einrichtungen zu starken Digitalagenturen weiter. Und wir stärken die vorhandenen Angebote der Szene und damit auch den einzelnen Gründer.

## **Rundfunkänderungsgesetz: Wichtige Weichenstellungen für das Medien-Digital-Land NRW**

Nordrhein-Westfalen ist ein Medienstandort der Spitzenklasse und hat in diesem Bereich große Strahlkraft über die Landesgrenzen hinaus. Es ist daher absolut richtig, dass die Landesregierung mit dem 17. Rundfunkänderungsgesetz wichtige Weichen für das Medien-Digital-Land NRW stellt und so auch in Zukunft sicherstellt, dass Nordrhein-Westfalen als Medienstandort attraktiv bleibt.

Beim Rundfunkänderungsgesetz geht es zunächst um die Zustimmung des Landtages zum 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Dieser regelt unter anderem, dass künftig Beiträge in den Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten länger als die bisherigen sieben Tage abgerufen werden können. Gleichzeitig wird das Verbot presseähnlicher Telemedienangebote richtigerweise präzisiert.

Mit einer Änderung im Landesmediengesetz wollen wir die Digitalisierung im Lokalfunk voranbringen. So soll die Landesmedienanstalt bei der Vergabe von DAB+-Lizenzen zwei Gesichtspunkte besonders berücksichtigen, sofern sie bei der Zuweisung eine Auswahl treffen muss: eine flächendeckende, landesweite Verbreitung und journalistisch-redaktionelle (nämliche lokale, regionale oder landesweite) Inhalte.

Der Entwurf zum 17. Rundfunkänderungsgesetz enthält außerdem dringend notwendige Änderungen bei den Besetzungsregeln für den WDR-Verwaltungsrat. Damit erreichen wir die im Koalitionsvertrag versprochene Entbürokratisierung und gewährleisten die hohe fachliche Expertise dieses Gremiums.

## **Nitrat im Grundwasser: Maßnahmen für bessere Wasserqualität**

Wasser ist kostbar. Deswegen arbeiten wir stetig daran, die Qualität unseres Wassers zu verbessern. Um auch die Wasserkooperationen zwischen Wasserwerken und Landwirten bei der Umsetzung gewässerschonender Maßnahmen zu unterstützen, stellt die NRW-Koalition jetzt 500.000 Euro mehr im Haushalt bereit. Das Geld ist unter anderem für die Anschaffung von Durchflussmessgeräten an Güllefässern und von Stickstoffsensoren zur Unterstützung einer personalintensiven Düngeberatung vorgesehen. Mit Hilfe dieser Maßnahmen kann die Menge an Nitrat im Grundwasser in besonders sensiblen Gebieten gesenkt werden. Weiterhin sollen die Mittel eingesetzt werden, um zu kontrollieren wie viel Nitrat ins Grundwasser gelangt.

## **Novellierung des Jagdgesetzes: Das neue Jagdrecht wird nachhaltig und modern**

Die Anhörung zur Jagdgesetznovelle hat gezeigt, dass wir mit der Novelle die wichtigen und damit richtigen jagdpraktischen Punkte anpacken. Die NRW-Koalition baut Bürokratie ab und hebt praxisferne Einzelbestimmungen auf. Der Katalog der jagdbaren Arten wird in Teilen den Bundesregelungen angepasst. Zudem erhöhen wir die Standards bei der Jagdausbildung und senken gleichzeitig die Jagdabgabe. Uns ist bewusst, wie wichtig die Aufgabe der Jägerinnen und Jäger ist und wir wollen den Rahmen dafür liefern, dass sie diese auch angemessen ausführen können: Sie erhalten einen gesunden Wildbestand und sichern dessen Lebensgrundlage.

## **Bildungsprogramm „Woher kommt unser Essen?“:**

Für uns ist es wichtig, dass unsere Kinder nicht den Bezug zur Nahrungsmittelherkunft verlieren. Wer nicht weiß, wo unser Essen herkommt, der hat auch weniger Respekt vor Lebensmitteln. Daher wollen wir mit dem Bildungsprogramm „Woher kommt unser Essen?“ das Ernährungsverhalten von möglichst vielen Grundschulkindern nachhaltig positiv beeinflussen. Dafür werden zusätzlich 13.500 Euro in den Landeshaushalt 2019 eingeplant. Fachfrauen des Westfälisch-Lippischen Landfrauenverbandes (wllv) und des Rheinischen LandFrauenverbandes (RhLV) bringen als außerschulische Partner ihre Expertise und Authentizität in das theorie- und praxisbasierte Bildungsprogramm ein.

In fünf Projekteinheiten werden so beispielsweise die Nutzung heimischer Pflanzen als Grundlage von Lebensmitteln oder die Verbindung zwischen Grundnahrungsmitteln und den Lieblingsspeisen der Kinder, wie Pizza oder Pasta, vermittelt. In den Projekteinheiten werden die Kinder zu kleinen Entdeckern. Dies

fördert das eigenständige Lernen und die Neugier der Kinder. Mit qualitativ hochwertigen Angeboten im Bereich der Ernährungs- und Verbraucherbildung legen wir einen wichtigen Baustein für eine zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik.

## Aus der Landesregierung

### **Ministerpräsident Laschet in Paris beim GovTech Summit – Treffen mit dem französischen Staatspräsident Macron**

Ministerpräsident Armin Laschet hat am Montagmorgen am GovTech-Summit in Paris teilgenommen. Die hochrangig besetzte Konferenz beschäftigt sich mit neuen Technologien, deren Auswirkungen auf Staaten und Verwaltung und inwieweit diese das Verhältnis zwischen Bürger und Staat verändern.

Beim GovTech-Summit nahm der Ministerpräsident am Panel „Can Democracy survive Technology“ („Kann Demokratie Technologie überleben“) teil und diskutierte gemeinsam mit dem ehemaligen NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, der ehemaligen ukrainischen Finanzministerin Natalie Jaresko sowie der niederländischen Europaabgeordneten Marietje Schaake über die Chancen und Risiken, die von neuen Technologien für die Demokratie ausgehen.

Der Ministerpräsident führte auf dem Panel aus, dass digitale Technologien das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Medien und Staat grundlegend verändert haben und dies noch immer tun. Er betonte dabei, dass international gültige Regeln für die digitale Welt gebraucht werden: „In der sozialen Marktwirtschaft setzt der Staat Regeln, um die Freiheit des Einzelnen zu sichern. Das gilt auch bei der Digitalisierung von Staat und Gesellschaft.“ Der Ministerpräsident unterstrich, dass Bildung im Umgang mit digitalen Medien von größter Bedeutung sei.

Im Anschluss lud der französische Staatspräsident Emmanuel Macron den Ministerpräsidenten sowie weitere Teilnehmer im Rahmen des GovTech-Summits zum Mittagessen in den Élysée-Palast ein. Im Rahmen einer kurzen Rede mahnte der Ministerpräsident, den Menschen in den Mittelpunkt der Digitalisierung zu stellen: „Am Ende entscheiden die Menschen und nicht irgendeine Technologie, ob das Internet unsere Demokratie stärken wird, oder nicht.“

Der Ministerpräsident berichtete im Rahmen des Mittagessens zudem über die Konzeption des Digitalisierungsprozesses in Nordrhein-Westfalen: „Wir haben eine umfassende digitale Strategie für unser Land entworfen. Uns war dabei besonders wichtig, dies nicht von oben, sondern in einem umfassenden Konsultationsprozess mit Bürgern und Interessengruppen durchzuführen. Wir wollen die Digitalisierung gestalten und zu einer Chance für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft machen.“ An dem Gespräch nahm auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres teil.

## **Städtebauförderung 2019 startet – jetzt Heimat für die Zukunft gestalten!**

Das Ministerium für Heimat Kommunales, Bau und Gleichstellung hat in dieser Woche den Aufruf für die Programme zur Städtebauförderung und zum vorgesehenen Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ 2019 veröffentlicht.

Ministerin Ina Scharrenbach: „Erstmals werden alle sechs Städtebauförderprogramme und der Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ gleichzeitig aufgerufen. Vorbehaltlich des Bundeshaushaltes 2019 stehen 405 Millionen Euro für die Gestaltung unserer Heimat in den Städten und Gemeinden zur Verfügung. Unabhängig von der Stadtgröße geht es um eine nachhaltige Innenentwicklung und die Sicherung der zentralen Funktionen unter Beibehaltung und Profilierung kommunaler Individualität und Identität, Sicherung und Erhalt denkmalpflegerisch wertvoller Bausubstanz sowie stadt- und ortsbildprägender Gebäude.“

Scharrenbach weiter: „Über den Investitionspakt, Soziale Integration im Quartier, der wahrscheinlich für Nordrhein-Westfalen wieder mit 55 Millionen Euro in 2019 ausgestattet werden wird, haben wir erstmals „Schwimmbäder“ als förderfähige Einrichtungen aufgenommen. Wir wissen um die Notwendigkeit von Schwimmbädern – für Kinder, für Jugendliche, aber auch für den Gesundheitssport. Also: Machen wir die Förderung möglich.“

## **Landesregierung verabschiedet Entwurf für 17. Rundfunkänderungsgesetz**

Das Landeskabinett hat auf Vorschlag von Ministerpräsident Armin Laschet den Entwurf des 17. Rundfunkänderungsgesetzes beschlossen. Wesentliche Elemente sind die Zustimmung des Landtags zum 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und die Änderung des Besetzungsverfahrens für den Verwaltungsrat des WDR. Zudem soll im Landesmediengesetz NRW die Digitalisierung wesentlich stärker abgebildet werden und ein Impuls gegeben werden für den Strategieprozess „Radio in NRW 2022“ für einen starken Lokalfunk im digitalen Zeitalter.

Dazu erklärt Ministerpräsident Armin Laschet: „Mit dem Gesetzentwurf gehen wir große Schritte, um das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel zu erreichen, Nordrhein-Westfalen als Medien-Digital-Land zu profilieren. Der neu definierte Telemedienauftrag befriedet einen lange schwelenden Konflikt zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und den Verlegern. Wir haben uns im Kreis der Länder intensiv für einen fairen Ausgleich eingesetzt, der beiden Seiten Luft zum Atmen lässt. Die Entbürokratisierung der Besetzungsregeln für den Verwaltungsrat des WDR war dringend notwendig. Ein starker WDR braucht starke Gremien mit breiter Akzeptanz und Kompetenz. Mit den Änderungen im Landesmediengesetz geben wir dem laufenden Prozess zur Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ einen weiteren Impuls. Gemeinsam mit allen relevanten Akteuren wollen wir zeitnah wichtige Weichen für ein vielfältiges und zukunftsfähiges Radio stellen. Eine konstruktive Beratung dieses Gesetzesentwurfes wäre dafür ein großer Beitrag.“

## **47 Millionen Euro für Neu- und Ausbau von Landesstraßen in 2019**

Das Land forciert auch im nächsten Jahr den Planungs- und Bauhochlauf von Landesstraßen. Im Haushalt 2019 sind für den Erhalt von Landesstraßen 175 Millionen Euro eingeplant. Für den Neu- und Ausbau von Landesstraßen soll der Etat im nächsten Jahr um 10 Millionen Euro auf 47 Millionen Euro steigen. Das Geld ist unter anderem für 21 Neu- und Ausbaumaßnahmen vorgesehen sowie für neun Bahnübergangsbeseitigungen.

„Wir fangen bei vielen Maßnahmen wieder von vorne an“, sagte Verkehrsminister Hendrik Wüst im Verkehrsausschuss. „Rot-Grün hatte die Mehrzahl der Maßnahmen in 2011 eingefroren. Wir tauen die Maßnahmen jetzt Schritt für Schritt auf und setzen sie strukturiert um. Der Landesstraßenbau bekommt in Nordrhein-Westfalen wieder eine klare Perspektive“, erklärte Wüst.

Bereits im Sommer hat das Land Nordrhein-Westfalen kurzfristige Maßnahmen ergriffen, um den von der Dürre betroffenen Landwirtinnen und Landwirten zu helfen. So hat das Land die Nutzung von als ökologische Vorrangflächen deklarierte Brachen für Futterzwecke landesweit zugelassen, um der dürrebedingten Verknappung von Viehfutter entgegenzuwirken.

## **Luftreinhaltung: Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen**

„Es ist ohne Zweifel, dass die Einhaltung der Grenzwerte maßgeblich für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist. Die Bezirksregierungen Düsseldorf und Münster haben für Essen und Gelsenkirchen ambitionierte Luftreinhaltepläne mit einer Vielzahl von Maßnahmen vorgelegt, um dieses Ziel zu erreichen. Das Urteil kommt daher für uns überraschend, zugleich bietet es Orientierung“, sagte Umweltministerin Heinen-Esser.

Sie kündigte an, dass die Landesregierung die Urteile, sobald sie vorliegen, sehr genau prüfen will, um dann zu entscheiden, ob sie in Berufung gehen wird. Dort, wo zonale Fahrverbote drohen, insbesondere wenn eine Stadt und eine Autobahn im Zentrum eines Ballungsgebietes wie dem Ruhrgebiet betroffen sind, sei schon jetzt absehbar, dass die Landesregierung in Berufung gehen wird.

„Wir stehen in unseren Ballungsräumen vor großen Herausforderungen. Wir müssen jetzt in wenigen Monaten das schaffen, was in vielen Jahren zuvor nicht gelungen ist – die Grenzwerte gelten bereits seit dem Jahr 2010“, sagte Heinen-Esser. „Unser erklärtes Ziel bleibt es, die Luftqualität und damit die Lebensqualität nachhaltig so zu verbessern, dass wir den Ausstoß von Stickoxiden reduzieren und die Luftqualitätsgrenzwerte flächendeckend einhalten. Gleichzeitig müssen wir die Mobilität der Menschen sicherstellen.“

„Wir sind auf einem guten Weg, aber wir sind eben noch nicht am Ziel“, sagte die Ministerin. „Daher müssen wir beides tun: die Grenzwerte kurzfristig schnellstmöglich einhalten und unsere Mobilität mittel- und langfristig so emissionsfrei wie möglich gestalten.“

## Landesweites Fahndungsportal der Polizei gestartet

Minister Herbert Reul hat im Düsseldorfer Landeskriminalamt das neue landesweite Internet-Fahndungsportal der nordrhein-westfälischen Polizei vorgestellt. Unter der Adresse [www.polizei.nrw/fahndungen](http://www.polizei.nrw/fahndungen) kann jeder Nutzer ab sofort Fotos, Videos und Audiodateien von Tatverdächtigen, Vermissten, Toten und tatrelevanten Gegenständen abrufen. Mit der Einrichtung des zentralen Fahndungsportals setzt Minister Reul eine weitere Vereinbarung des Koalitionsvertrages um. „Früher haben wir Fahndungsplakate an Laternenmasten aufgehängt, heute hängen wir sie ins Netz“, so der Minister. Am Prinzip der Öffentlichkeitsfahndung habe sich jedoch nichts geändert. Minister Reul: „Die Polizei ist auch im Online-Zeitalter auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Je mehr Menschen die Augen aufhalten, desto größer die Chance, ungelöste Fälle aufzuklären und flüchtige Täter zu fassen.“

Auf dem neuen Portal sind bereits rund 170 Fahndungen eingestellt - und es werden täglich mehr. Ziel ist es, alle Öffentlichkeitsfahndungen der 47 Kreispolizeibehörden des Landes auf der Internetseite zusammenzuführen. Auf der Seite können die Fälle nach Ort, Zeit oder Kategorie gefiltert werden. Wenn den Besuchern etwas auffällt, können sie ihre Hinweise rund um die Uhr an die fahndende Polizeidienststelle weitergeben.

## Land investiert 22 Millionen Euro in Center for Soft Nanoscience – Münster einer der führenden Standorte für Nanoforschung

Kultur- und Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen hat ein neues Forschungsgebäude der Universität Münster eingeweiht: Im Center for Soft Nanoscience (SoN) forschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Physik, Chemie, Biologie, Pharmazie und Medizin künftig gemeinsam an Nanomaterialien. Die Kosten für Bau, Ersteinrichtung und Forschungsgroßgeräte liegen bei 39 Millionen Euro und werden von Bund und Land gemeinsam getragen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat insgesamt 22 Millionen Euro investiert.

„Nanomaterialien können für uns Menschen von großem Nutzen sein – zum Beispiel in der Medizin“ sagte Ministerin Pfeiffer-Poensgen. „Das Center for Soft Nanoscience schafft beste Voraussetzungen für zukunftsweisende, fachübergreifende Forschung und stärkt Münster als einen der international führenden Standorte für Nanowissenschaften.“

Für die Herstellung und Erforschung von Nanostrukturen bietet das SoN auf knapp 8.000 Quadratmetern moderne Laborflächen inklusive eines hochtechnisierten Reinraums. Der Neubau befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Max-Planck-Institut für molekulare Biomedizin, dem Nano-Bioanalytik-Zentrum Münster und dem Centrum für Nanotechnologie (CeNTech).



## **Opernstudio NRW: Land gründet Initiative für junge Gesangstalente mit Opernhäusern in Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Wuppertal**

Erstmals arbeiten vier Opernhäuser bei der Förderung junger Gesangstalente zusammen: Mit dem Opernstudio NRW ermöglichen das Theater Dortmund, das Aalto-Musiktheater Essen, das Musiktheater im Revier Gelsenkirchen und die Oper Wuppertal Künstlerinnen und Künstlern einen idealen Karrierestart nach dem Abschluss ihres Hochschulstudiums. Gegründet und gefördert wird das Opernstudio NRW vom Land Nordrhein-Westfalen. Partner sind die Hochschule für Musik und Tanz Köln und die Folkwang Universität der Künste Essen. Bundesweit gibt es keine vergleichbare Opernkooperation zur Nachwuchsförderung im Theater- und Musikbereich.

„Das Opernstudio NRW schafft ein wichtiges Bindeglied zwischen der Ausbildung in den Kunsthochschulen und der professionellen Laufbahn. Dank der Bandbreite und den unterschiedlichen Ressourcen der vier Opernhäuser sammeln die Teilnehmerinnen und Teilnehmer innerhalb von zwei Jahren wertvolle Erfahrungen, die sie optimal auf die Arbeit im Opern- und Theaterbetrieb vorbereiten: eine Nachwuchsförderung, die sich positiv auf die gesamte Kulturlandschaft des Landes auswirkt“, sagte Kultur- und Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.

Bis zu sieben Sängerinnen und Sänger sowie eine Korrepetitorin oder ein Korrepetitor werden im Rahmen des Opernstudios NRW für maximal zwei Jahre engagiert. Während dieser Zeit soll den Talenten der Übergang vom Studium in die Berufswelt ermöglicht werden. Sie wirken bei professionellen Produktionen an den vier Opernhäusern mit und arbeiten mit exzellenten Regisseuren, Coaches, Dirigenten und Orchestern zusammen. Somit erarbeiten sie ein großes Repertoire, das ihnen breitgefächerte Berufschancen eröffnet: vom Barock bis zur zeitgenössischen Oper, über Operette und Musical bis hin zum Konzert.